

## **Antrag**

**der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Thilo Hoppe, Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Humanitäre Katastrophe in Sri Lanka verhindern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die seit rund 25 Jahren anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen in Sri Lanka zwischen den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) und der Regierung haben bislang mehr als 70 000 Menschen das Leben gekostet. Der bewaffnete Konflikt zwischen den Regierungstruppen in Sri Lanka und den Truppen der LTTE spitzt sich nunmehr dramatisch zu. Bis zu 170 000 Zivilistinnen und Zivilisten sollen auf einem Gebiet von nur 50 km<sup>2</sup> zusammengepfercht sein, auf welches die Kämpfer der LTTE zurückgedrängt worden sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für einen sofortigen Waffenstillstand zwischen der Regierung Sri Lankas und der LTTE einzusetzen, damit es den Zivilistinnen und Zivilisten ermöglicht wird, die Kampfzone zu verlassen;
2. beide Konfliktparteien mit Nachdruck dazu aufzufordern, die Vorschriften des humanitären Völkerrechts einzuhalten und den Schutz der Zivilistinnen und Zivilisten zu gewährleisten;
3. beide Konfliktparteien dringend aufzufordern, humanitären Hilfsorganisationen sowie Journalistinnen und Journalisten ungehinderten Zugang zu den umkämpften Gebieten sowie den Flüchtlingslagern zu gewährleisten;
4. die Regierung Sri Lankas zu drängen, mit den Staaten und Organisationen, die bei einer Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten aus den Kampfgebieten helfen wollen, zu kooperieren;
5. die Regierung Sri Lankas unmissverständlich darauf hinzuweisen, dass den Menschen in den Flüchtlingslagern Zugang zu einer medizinischen und hygienischen Grundversorgung, ausreichenden Nahrungsmitteln und sauberem Wasser ermöglicht werden muss;
6. die Regierung Sri Lankas zu drängen, gegenüber den Flüchtlingen, die von der Regierung Sri Lankas verdächtigt werden, Kämpferinnen und Kämpfer der LTTE zu sein, rechtsstaatliche Verfahren anzuwenden, die Menschenrechtsstandards einzuhalten und dabei ein unabhängiges Monitoring durch die Vereinten Nationen zu gewähren;

7. sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft mit Nachdruck für internationale Friedensverhandlungen unter Einbeziehung der tamilischen Minderheit einzusetzen;
8. sich an die Regierungen Chinas, Indiens und Pakistans mit der dringenden Aufforderung einer Unterstützung der Waffenstillstandsforderung zu wenden und sie zu einer Mitwirkung bei der Verhandlung eines Friedensprozesses aufzufordern;
9. sich in der EU mit Nachdruck bis auf weiteres für die Aussetzung aller Zollpräferenzen für Sri Lanka einzusetzen;
10. sich bei der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank bis auf weiteres für die Aussetzung von Zusagen der Entwicklungskooperation einzusetzen.

Berlin, den 25. März 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Viele der Zivilistinnen und Zivilisten im Kampfgebiet sind schwer verwundet, fast alle ohne ausreichenden Zugang zu Wasser, Nahrung oder medizinischer Versorgung. Sie werden von der LTTE als Geiseln und menschliche Schutzschilde benutzt, und die Regierungstruppen feuern weiterhin mit unverminderter Kraft in das unkämpfte Gebiet und nehmen den Tod der Zivilistinnen und Zivilisten dabei in Kauf. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind allein seit Januar 2009 mehr als 2 300 Zivilistinnen und Zivilisten getötet worden und mehr als 6 500 Menschen zum Teil schwer verletzt worden.

Die Menschen, die sich aus dem Kampfgebiet retten konnten, leben derzeit in Flüchtlingslagern, aus denen sie sich nicht entfernen dürfen. Es gibt Hinweise über Erschießungen vermeintlicher LTTE-Kämpfer, Folter und Verschwindenlassen von Seiten der Regierungstruppen. Hilfsorganisationen haben keinen Zugang zum Kampfgebiet. Das Internationale Rote Kreuz warnt vor einer verheerenden humanitären Katastrophe und betont die Dringlichkeit einer Massenevakuierung der Zivilistinnen und Zivilisten aus den Kampfgebieten.

Journalistinnen und Journalisten können nicht über die Zustände im Kampfgebiet oder in den Flüchtlingslagern berichten. Insgesamt sind sie Einschüchterung und Verfolgung ausgesetzt und müssen um ihr Leben fürchten. So wurde im Januar 2009 der prominente Herausgeber der Zeitung „Sunday Leader“, Lasantha Wickrematunge, ermordet. Auch die internationale Presse sieht sich massiven Einschränkungen ausgesetzt.

Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, dass die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, insbesondere der Schutz vor Diskriminierung und Garantien für die Bewahrung der kulturellen Identität, sowie ein gewisses Maß an Autonomie im Norden und Osten der Insel unbedingt erforderlich sind, wenn es für den blutigen Konflikt in Sri Lanka eine langfristig haltbare Lösung geben soll.